

# WIR BRAUCHEN ALLE ARGUMENTE!

#mehrfrauenindieparlamente



## DIE KAMPAGNE

„Frauen in die Parlamente!“ Diese Forderung nach einer gleichberechtigten Besetzung der Legislative begleitet die Frauenstimmrechtsbewegung von Anfang an. Denn als am 19. Januar 1919 Frauen in Deutschland zum ersten Mal an die Wahlen traten, wollten sie ja nicht nur Männer in die Nationalversammlung schicken. Sie wollten sich dort auch selbst vertreten. Sie wollten ihren Bedürfnissen und Sichten Ausdruck auf der politischen Bühne verleihen und über die Geschicke der Gesellschaft gleichberechtigt mitbestimmen. Sie wollten gewählt werden.

Und da fängt das Problem an: Es dauerte Jahrzehnte, bis der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag überhaupt die 10-Prozent-Hürde nahm. Und heute, hundert Jahre nach dem ersten Urnengang von Frauen, liegt die **Frauenquote** im Deutschen Bundestag, in den Landtagen, in den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten immer noch weit unter dem prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung. Durch die Wahlerfolge alter und neuer männerdominierter, konservativer, auch frauenfeindlicher Parteien im September 2017 fiel die Frauenquote im Bundestag um über 5 Prozent und damit auf den Stand vor fast 20 Jahren.

Das hat Frauen innerhalb und außerhalb der Parlamente auf den Plan gerufen: Bis zu den nächsten Bundestagswahlen fordern sie eine Wahlrechtsreform, die auch Geschlechterparität auf der Agenda hat. **#mehrfrauenindieparlamente** heißt unsere Kampagne, die den Startschuss für ein breites Bündnis geben soll. Wir fordern von der Politik, dass das Gleichheitsgebot aus Artikel 3 Grundgesetz bei der anstehenden Wahlrechtsreform umgesetzt wird – und zwar bei den Direktmandaten und den Listenmandaten. Wir haben ein historisches Zeitfenster dafür, dass wir nützen müssen.

Wir brauchen einen **Wandel in der politischen Kultur** und ein modernisiertes Verständnis von Politik. Wir lassen uns nicht mit Argumenten abspeisen, dass ein Paritätsgesetz verfassungswidrig sei, auch nicht von einem ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgerichts. Solche Todschlagargumente ersticken die notwendige politische Debatte im Keim. Im Übrigen zeigen andere Länder wie zum Beispiel Frankreich, dass Parität auch verfassungsrechtlich durchaus möglich ist. Wir fordern den entsprechenden politischen Willen dafür.

**Unsere Demokratie ist eine repräsentative**, daher sollten unsere Parlamente die Zusammensetzung des Wahlvolkes annähernd widerspiegeln. Stattdessen besetzen bestimmte Gruppen weit überproportional politische Mandate und Ämter. Der Bundestag zum Beispiel ist überdurchschnittlich alt, weiß, männlich – und christlich.

Mit Blick auf die mangelnde **Geschlechtergerechtigkeit** in Parlament und Politik brachte es die Juristin und Politikerin Dr. jur. Elisabeth Selbert (SPD) bereits 1981 auf den Punkt: „Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist schlicht Verfassungsbruch in Permanenz.“

Wir sagen heute: **Ohne Geschlechterparität bleibt die Demokratie unvollendet und fordern:**

**Mehr Frauen in die Parlamente!**

Berlin, 14. Januar 2019